Emanzipatorisches Wissen im Schatten des Neoliberalismus: Ökonomisierung der Kritik oder Kritik der Ökonomisierung?

Heike Kahlert

1. Die Ökonomisierung von Hochschule und Wissenschaft

Spätestens seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus 1989/90 scheint die zeitgenössische Gesellschaft ungebrochen durch ein Erstarken der „Megaphilosophie des Ökonomischen" (Koch 2002) geprägt, die zu einer alles durchdringenden Basiserzählung der Spätmoderne geworden ist. Der Glaube an eine gelingende Allianz von keynesianischem Wohlfahrtsstaat und Kapitalismus hat bereits seit den frühen 1980er Jahren, angeregt durch die neoliberale Politik der Reaganomics und des Thatcherismus, einer aktiven Politik der ökonomischen Globalisierung und Unterstützung der kapitalistischen Produktion mit flexiblen Wechselkursen, restriktiver Geldpolitik und Schuldenreduktion sowie der Orientierung am Export Platz gemacht. Der Politikwechsel vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat wird begleitet durch einen Rückbau von Sozialleistungen, die als nationalstaatliche Beschränkung des sich globalisierenden Kapitals begriffen werden. Neben das wohlfahrtsstaatliche Politikziel der sozialen Gerechtigkeit, die freilich neu definiert wird, tritt nunmehr das Politikziel der Effizienz: Öffentliche Investitionen sollen sich lohnen. Dieser Politikwechsel wird vor allem als Struktur- und Finanzreform betrieben, die institutionell einen Wandel von der Input-Finanzierung zur Output-Orientierung in Gestalt der Neuen Steuerung und individuell die Steigerung der Eigenverantwortlichkeit mit sich bringt. Dabei stehen Gerechtigkeit und Effizienz in einem Spannungsverhältnis zueinander.

Die „Ökonomisierung des Politischen" (Pelizzari 2001) betrifft auch den Hochschulbereich. Hier verschiebt sich die Form der staatlichen Einflussnahme von der Detailregelung und Feinsteuerung zur politischen Gesamtsteuerung, in der der Staat „mehr und mehr Impulsgeber und Moderator" (DUZ Special 2001, S. 5) ist. Die Hochschulen müssen sich von nachgeordneten Behörden der staatlichen Bürokratie zu eigenständigen Organisationen entwickeln. Sie sollen von einer rechtlich gestärkten Hochschulleitung professionell nach neuesten Managementkonzepten geführt werden, rationale

Betriebsstrukturen haben, eigenverantwortlich mit ihren Ressourcen umgehen und Rechenschaft über ihre Leistungen ablegen, etwa in Gestalt von Ziel- und Leistungsvereinbarungen, der Etablierung einer Kosten-Leistungsrechnung (Controlling) und regelmäßiger Bewertungsverfahren (Selbst- und Fremd-Evaluation). Der „Erfolg" der Rationalisierungs- und Reorganisationsprozesse von Forschung, Lehre, Studium und Verwaltung wird in erster Linie nach ökonomischen Kriterien bewertet. Die Hochschulen stehen nunmehr unter Erfolgszwang und -kontrolle: Wachsender Wettbewerb, Konkurrenz, Leistungs- und Profilierungsdruck sind im Hochschul- und Wissenschaftssystem alltäglich geworden.

Welche Bedeutung(en) dieser Politikwechsel für die Frauen- und Geschlechterforschung, als Teil des sich wandelnden Hochschul- und Wissenschaftssystems, hat, wurde bisher kaum systematisch analysiert. Ich möchte mich dieser Frage mit einem Blick zurück nach vorn annähern und die Frauen- und Geschlechterforschung im Folgenden zunächst als Ausdruck der *Verwissenschaftlichung* und *Verstaatlichung* der Frauenfrage charakterisieren: Verwissenschaftlichung, weil sich in ihr der Protest der Frauenbewegungen gegen eine undemokratische Wissenschafts- und Gesellschaftsordnung akademisiert hat, Verstaatlichung, weil diese Akademisierung von wissenschafts-, hochschul- und gleichstellungspolitischen Akteuren gefördert wurde und wird. Neu hinzu kommt angesichts des Einzugs des Marktes in akademische und politische Belange, so mein anschließendes Argument, die *Ökonomisierung* der akademisierten und verstaatlichten Frauenfrage: Die Frauen- und Geschlechterforschung soll verwertbar und nützlich sein und sich also lohnen. Sie tut sich zwar *strategisch* mit dieser neuen Legitimationsweise schwer, zeigt sich *faktisch* aber als relativ „gut aufgestellt" – und wird nach wie vor staatlich-politisch unterstützt. Abschließend soll an das *emanzipatorische* und *visionäre* Potenzial der Frauen- und Geschlechterforschung und ihre Bedeutung als Wissenschafts- und Gesellschafts*kritik* erinnert werden: Die kritische Analyse der Verfasstheit der Gesellschaft, die diese Ökonomisierung zulässt, und der eigenen Verstrickung in diese Dynamik wäre ein aktiver Beitrag zu einer demokratisch(er)en, gleich(er)en und gerecht(er)en, Gesellschaft, so das Fazit.

2. Die Verwissenschaftlichung der Frauenfrage in der Frauen- und Geschlechterforschung

Ein starker Impuls für das Entstehen der Frauen- und Geschlechterforschung im Zuge der „zweiten Welle" der auf westliche Gesellschaften bezogenen Frauenbewegungen seit den 1960er Jahren war die Forderung, die gesellschaftlichen Normen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen in Hochschule und Wissenschaft einzulösen. So betrachtet kann die Frauen- und Geschlechterforschung als ein Ausdruck der Verwissenschaftlichung des feministischen Protests gegen undemokratische Verhältnisse inner- und außerhalb der Hochschulen verstanden werden. Ihr Ringen um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bezieht sich auf die Inhalte, auf die Produktions- und Vermittlungsformen von Wissenschaft und auf die Geschlechterverteilung bei den Forschenden, Lehrenden und Lernenden. Die normativ begründete Kritik lautet, dass Frauen (und andere aus dem herrschenden Universalismus Ausgeschlossene oder darin Marginalisierte) und die sie betreffenden Fragen wie insgesamt die Perspektive der Geschlechterverhältnisse nicht adäquat in den Fächerkanones und Curricula vorkommen, dass geschlechtsdifferente Zugangsweisen und -möglichkeiten beim Forschen, Lehren und Lernen nicht genügend Berücksichtigung finden und dass die Frauenanteile insbesondere bei den Forschenden und Lehrenden sehr deutlich hinter den Männeranteilen zurückbleiben.

In der Vision der bisher vorwiegend sozial- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Frauen- und Geschlechterforschung, zumindest in der Strömung, die sich als kritisch-emanzipatorisches Wissen versteht und auf ihre Wurzeln in den Studenten- und Frauenbewegungen bezieht, sollen Wissenschaft und Hochschule Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit herstellen und fortschreiben, sich diesbezüglich modernisieren und demokratisieren. In dieser Tradition hat die Frauen- und Geschlechterforschung also die Forderung nach dem Abbau von Ungleichheit und Ungerechtigkeit[1] auf der Agenda. Mit ihrer „Hoffnung auf ein veränderndes Wissen" (Haraway 1995, S. 85) will sie zur Befreiung und Freiheit von Frauen (und anderen Marginalisierten) in einer durch vielfältige Ungleichheit geprägten Gesellschaft beitragen, denn Hochschulen sind ein Spiegel der Gesellschaft, in der diese Institutionen bestehen, und sie produzieren Wissen, das für die verschiedenen gesell-

1 Für die Frauen- und Geschlechterforschung steht das Geschlecht im Vordergrund der ungleichheitsanalytischen Betrachtung. Das schließt jedoch nicht aus, das Zusammenwirken mit anderen Ungleichheiten wie soziale und ethnische Ungleichheit in den Blick zu nehmen.

schaftlichen Teilsysteme, darunter auch der Staat, (handlungs-)relevant ist. Mit dieser Ausrichtung positioniert sich die Frauen- und Geschlechterforschung im Gefolge aufklärerischen Denkens, durch ein entsprechendes rationales Wissen die Verwirklichung der modernen Postulate von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit voranzubringen. Zugleich bricht sie jedoch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung auch mit der Tradition der Aufklärung, denn diese hat die Frauen und andere Marginalisierte „vergessen". Insofern klärt die Frauen- und Geschlechterforschung also auch über „blinde Flecken" der Aufklärung auf.

Ihr emanzipatorisches Wissen wird in ihren Selbstbeschreibungen als moderner, universeller und demokratischer als das bisherige wissenschaftliche Wissen charakterisiert und als notwendig für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft angesehen, und zwar in grundlagen- und anwendungsbezogener Hinsicht. Die grundlagenorientierte Wissenschaftsproduktion der Frauen- und Geschlechterforschung, etwa im Hinblick auf die Entwicklung von Theorien, Methodologien und Kategorien, mag unmittelbar einleuchten, geht es dabei doch um die Revision und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Wissens. Aber auch der Anwendungsbezug der Frauen- und Geschlechterforschung liegt bei näherer Betrachtung auf der Hand: Die modernen Gegenwartsgesellschaften und die in ihnen agierenden Individuen sind zunehmend wissenschaftsabhängig(er) in ihrer eigenen Weiterentwicklung und damit in ihrer (Über-)Lebensfähigkeit in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels. Was Gesellschaften wie über die Geschlechterverhältnisse und die mit diesen verbundenen Potenziale ihrer eigenen Konstitution, Konstruktion und (Re-)Produktion wissen, wissen sie in erster Linie aus der Frauen- und Geschlechterforschung. In dieser Form ist das Wissen der Frauen- und Geschlechterforschung unmittelbar politik- und gesellschaftsrelevant, kann es doch der Vorbereitung, Unterstützung, Analyse, Evaluation, aber auch Kritik von politischem bzw. sozialem Handeln dienen und so tatsächlich politisch und sozial verändernd wirken.[2] So verstanden ist die Frauen- und Geschlechterforschung zugleich Wissenschafts- und Gesellschaftsanalyse. Als solche ist sie immer auch reflexiv mit Staat und Gesellschaft (und ihren Wissenschaften) verbunden, die sie analysiert und kritisiert.

2 Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass die beratende Verwendung des Wissens in der gesellschaftlichen Praxis kein Prozess der Eins-zu-Eins-Übersetzung ist, sondern eine Interpretationsleistung der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure darstellt, in der das Wissen der eigenen (Praxis-)Logik und den eigenen (Praxis-)Kontexten angepasst und so eben auch den eigenen Erfordernissen gemäß *ge*wendet wird (vgl. Beck/Bonß 1989).

3. Die Verstaatlichung der Frauenfrage in der Frauen- und Geschlechterforschung

Das Verhältnis der Frauen- und Geschlechterforschung zum Staat ist kompliziert – und ambivalent. Die „zweite" Frauenbewegung in Deutschland legte insbesondere in ihren Anfängen viel Wert auf ihre Autonomie von den bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und damit auch vom Staat. Ihr akademischer Flügel jedoch, der sich in der Frauen- und Geschlechterforschung verwissenschaftlichte und ausdifferenzierte, war und ist wesentlich, wenn auch kritisch, mit den bestehenden Wissenschaftsinstitutionen verbunden, also orientiert an den Wissenschaftsdisziplinen und an den Hochschulen, und damit, was häufig in den entsprechenden Analysen kaum Aufmerksamkeit erfährt, auch am Staat als Träger der Hochschulen. Daneben entwickelt(e) sie eine elaborierte Staatskritik. Dass und wie der Weg der Frauen- und Geschlechterforschung in die deutschen Hochschulen wesentlich durch staatliche Unterstützung gebahnt wurde, dass die Frauen- und Geschlechterforschung also in gewisser Weise ein Teil der „Verstaatlichung der Frauenfrage" (Krautkrämer-Wagner 1989) bzw. des Staatsfeminismus ist und als Beitrag zur Herstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern politisch gefördert wurde und wird, ist bisher erstaunlicherweise kaum systematisch untersucht worden.

Dabei wäre diese Analyse Gewinn bringend: Sie könnte beispielsweise verdeutlichen, dass die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung insbesondere in ihrer Hoch-Zeit der 1980er und 1990er Jahre eng mit einer staatlichen Politik der Chancengleichheit im Allgemeinen und der Institutionalisierung der Frauenförderung etwa in Gestalt von Gleichstellungsgesetzen und -beauftragten im Besonderen verknüpft war (vgl. Hagemann-White 1995, S. 23-41). Diese Zeit von den 1970er Jahren bis zur Jahrtausendwende wird in der Literatur als „eine Ära nachholender (manchmal freilich auch nur symbolischer) Modernisierung wie Demokratisierung herrschender Geschlechterordnungen" (Kreisky/Rosenberger/Grabner 2003, S. 371) bezeichnet, in der die Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Hoch-Zeit erlebte. Diese Politik folgte über lange Zeit wesentlich der den keynesianischen Wohlfahrtsstaat kennzeichnenden Input-Steuerung. Sie brachte von staatlich-politischer Seite die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung etwa in eigens dieser Wissenschaftsrichtung gewidmeten Professuren voran und förderte sie durch staatliche (Sonder-)Mittel.[3]

3 Zu denken ist etwa an das Fiebiger-Programm in den 1980er Jahren, über das Professuren für die Frauen- und Geschlechterforschung geschaffen wurden, oder auch an die verschie-

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch verstehen, dass und warum der Niedergang des keynesianischen Wohlfahrtsstaats durch die „Ökonomisierung des Politischen" eben auch konsequenzenreiche Auswirkungen auf die Frauen- und Geschlechterforschung hat: Der Rückzug des Staates aus den Hochschulen entzieht nämlich einigen normativ fundierten Gleichstellungsmaßnahmen keynesianischer Prägung, darunter auch der staatlichen Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung, den gewohnten Boden, wie Jessica Bösch (2004, S. 10) für Österreich gezeigt hat. Dies muss nicht das Ende der staatlichen Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung bedeuten. Wohl aber erfordert es einen (institutionalisierungs-)politischen Strategie- und Legitimationswechsel, mit dem sich die Frauen- und Geschlechterforschung schwer zu tun scheint.

Sie muss sich nämlich einerseits auf eine Gleichstellungspolitik einstellen, die in Zeiten der Neuen Steuerung nicht mehr nur Frauenförderung, sondern auch – und vor allem – Gender Mainstreaming betreibt, das mit seiner integrativen Ausrichtung passfähig(er) zum „schlanken" Staat ist als die herkömmliche Frauenförderung, und andererseits auf eine Verschiebung der staatlich-politischen Einflussnahme auf die Hochschulen, die gesamt-, aber nicht mehr feinsteuernd ist. Die rhetorische Unterstützung der Gleichstellungspolitik wie auch der Frauen- und Geschlechterforschung durch hochschul- und wissenschaftspolitisch bedeutsame Akteure[4] ist seit den 1980er Jahren unabhängig von den Farbenspielen in den Regierungskoalitionen und den Politikwechseln weitgehend konstant geblieben. Maßgeblich verändert haben sich aber die Legitimationsweisen und -formen der staatlichen Förderung und damit auch die Politikwege: Die staatliche Hochschulsteuerung erfolgt nunmehr vor allem durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen, nicht durch Einzelmaßnahmen, in bescheidenerem Ausmaß aber auch nach wie vor durch Geld, das in Gestalt von zweckgebundenen Hochschulsonderprogrammen Anreize zu staatlich gewollten Reformschritten bietet (wie etwa das gerade ausgelaufene Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP).

---

denen Hochschulsonderprogramme von Bund und Ländern in den 1990er Jahren, durch die die Frauen- und Geschlechterforschung erheblich gestärkt und gefördert wurde.

4 Zu denken ist hier etwa an den Wissenschaftsrat, der 1998 die „Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung" vorlegte und darin auch der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung erhebliche Bedeutung beimaß, oder an die Hochschulrektorenkonferenz, die 2006 eine Projekt-Arbeitsgruppe „Frauen in der Wissenschaft" eingesetzt hat, um neuerliche Empfehlungen an die Hochschulen zu dem Thema zu erarbeiten. Dabei ist es für mein hier entfaltetes Argument sekundär, dass diese Initiativen erst durch Impulse einer frauen- und gleichstellungspolitischen Lobbyarbeit ins Leben gerufen wurden.

Detailregelungen wie die Einrichtung von Professuren oder Studiengängen für Frauen- und Geschlechterforschung sind in diesem System in erster Linie nicht mehr mit dem jeweiligen Ministerium bzw. Parlament, sondern mit der jeweiligen Hochschule, genauer noch: in der Regel mit ihrer rechtlich deutlich gestärkten Leitung, „auszuhandeln" – mit und in jener Institution also, die sich bisher vergleichsweise „sperrig" gegenüber Frauen bzw. Wissenschaftlerinnen und den sie betreffenden (Forschungs-)Fragen gezeigt hat. Der Aushandlungsprozess steht unter den Vorzeichen eines ökonomisch bedingten großen Drucks auf die Institutionen, sich betriebsförmig zu modernisieren: Verhandelbare Investitionen und Innovationen müssen sich nunmehr rechnen, die Profilbildung fördern, die Erhöhung des Marktwerts des entsprechenden hochschulischen „Produkts" versprechen, ein so genanntes Alleinstellungsmerkmal erkennen lassen oder dieses zumindest erheblich fördern. Normative Fragen sind dabei bestenfalls von untergeordneter Bedeutung, denn allein um der Gerechtigkeit willen richten Hochschulen derzeit keine Professuren oder Studiengänge ein. Diese Situation ist für die Frauen- und Geschlechterforschung herausfordernd, aber keineswegs chancenlos.

4. Die Ökonomisierung der Frauen- und Geschlechterforschung

Die bisherige vor allem staatlich-politische (Input-)Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung hat nichts daran ändern können, dass der institutionelle Status dieser Wissenschaftsrichtung im deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem bis heute prekär ist: Die Frauen- und Geschlechterforschung ist nach wie vor eher an den „Rändern" der tradierten Wissenschaftsdisziplinen als in deren „Kernen" angesiedelt. Dies mag für kritisch-emanzipatorisches Wissen grundsätzlich notwendig, ja vielleicht sogar ein privilegierter „Ort" der Erkenntnis sein (vgl. ähnlich Haraway 1995, S. 83); unter marktförmigen Bedingungen kann diese Position aber zum Problem werden, denn die Ökonomisierung fördert eher den „Mainstream" und die „Kerne" der Disziplinen, als dass sie ihre Ränder stärkt.

So wird gegenwärtig in Verbindung mit den knapper werdenden Mitteln und den steigenden Anforderungen an hochschulische Leistungen eine „Retraditionalisierung der Fächer" (Pache 2004, S. 150) konstatiert, denn dadurch, dass die Ökonomisierung die Konzentration auf „das Wesentliche", das Unverzichtbare fordert und fördert, werden faktisch die „Fachkerne" gestärkt – wobei die Frage, welches Wissen zu den „Fachkernen" zählt, eine

politisch zu verhandelnde, keineswegs eine per se entschiedene ist. Wissenschaftskritische Ansätze wie die Frauen- und Geschlechterforschung zählen jedenfalls nicht zu den „Fachkernen", gelten also in der ökonomischen Logik zunächst als verzichtbar: Die Erfahrung zeigt, dass die Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung etwa bei der Einrichtung gestufter Studiengänge im Zuge des Bologna-Prozesses zum Teil neu erstritten werden muss (vgl. Ebeling u.a. 2004, S. 157). Der Frauen- und Geschlechterforschung ist es also offensichtlich bisher nicht oder nicht hinreichend gelungen, ihren Mehrwert für die Wissenschaften und die Hochschulen überzeugend zu verdeutlichen. Hier wird die Kehrseite ihrer prekären Verankerung im Hochschul- und Wissenschaftssystem, aber auch die Vernachlässigung einer entsprechenden innerdisziplinären Lobby-Politik deutlich, und ihre strategische Positionierung als Inter- oder Transdisziplin erweist sich als Bumerang: „Disziplinierung" stärkt die institutionelle Macht, während eine Positionierung über oder zwischen den Disziplinen zwar erkenntnisfördernd(er) sein mag (vgl. Kahlert 2005), unter Bedingungen knapper Ressourcen aber nicht unbedingt existenzsichernd und profilschärfend ist.

Die „Retraditionalisierung der Fächer" steht in engem Zusammenhang mit den aktuellen Verschiebungen im Gefüge der Disziplinen, die eine Umstrukturierung des universitären Fächerkanons mit sich bringen. Während die Natur- und Technikwissenschaften – ökonomischen Interessen und standortpolitischen Präferenzen folgend – trotz knapper werdender öffentlicher Mittel und sinkender Studierendenzahlen weiter ausgebaut werden und in der gesellschaftlich-politischen Wertschätzung weiter zu steigen scheinen, sind die Sozial- und Kulturwissenschaften (mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften) in der erfolgenden Kosten-Nutzen-Rechnung von Einsparungen betroffen: Gegenüber den Natur- und Technikwissenschaften wird ihr Wissen als weniger nützlich und weniger verwertbar und folglich weniger notwendig angesehen. Da die Frauen- und Geschlechterforschung bisher am ehesten in den Sozial- und Kulturwissenschaften Fuß fassen konnte, ist sie nun *mit und in* diesen Disziplinen unter (Legitimations-)Druck. Dieser Druck scheint gegenwärtig nicht zu Disziplinen übergreifenden Koalitionsbildungen, sondern zur Verschärfung der Konkurrenz zwischen und in den Disziplinen um die knappen Ressourcen zu führen.

Wenn die Frauen- und Geschlechterforschung ihre bisherige prekäre Position im Hochschul- und Wissenschaftssystem erhalten oder gar vom Rand weiter zur Mitte rücken will, erfordert dies unter gegenwärtigen Bedingungen einen *(zumindest) strategischen* Bezug auf neoliberale Legitimationsweisen und Begrifflichkeiten. Dies würde bedeuten, die stattfindende Ökonomisierung

für ihre Belange zu instrumentalisieren, sich subversiv auf die Marktrhetorik einzulassen und sich als „gut aufgestellt" und konkurrenzfähig zu präsentieren. Diese strategische Entscheidung scheint noch nicht gefallen zu sein, wird aber faktisch durch das Diktat des Marktes längst vorweg genommen: Den Zwängen der Marktlogik folgend muss die Frauen- und Geschlechterforschung beispielsweise ihre „Nützlichkeit" und „Verwertbarkeit" für gesellschaftliche Belange unter Beweis stellen, die in der Studienstrukturreform des Bologna-Prozesses geforderte Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) ihrer Absolventinnen und Absolventen belegen, ihren Beitrag zur hochschulischen Profilbildung leisten, ihre Qualität evaluieren und ihre Forschungs-, Lehr- und Lernleistungen mit Kennziffern für die indikatorisierte Mittelvergabe sowie mit Kreditpunkten für die Anerkennung im Zuge des Bologna-Prozesses versehen lassen. Nur so scheint die Frauen- und Geschlechterforschung im gegenwärtigen „Spiel" des Wettbewerbs mitspielen zu dürfen.

Am Beispiel des sich verändernden Wissenschaftsverständnisses und der Studienstrukturreform à la bolognaise kann ausbuchstabiert werden, wie ein strategischer Bezug auf neoliberale Legitimationsweisen und Begrifflichkeiten aussehen könnte.

5. Nützliche und verwertbare Qualitäten der Frauen- und Geschlechterforschung

Die Ökonomisierung von Hochschule und Wissenschaft geht mit einer generellen Veränderung im Wissenschaftsverständnis einher: Im Zuge der entstehenden und politisch geförderten Wissensgesellschaft sollen Bildung und Wissen verstärkt gesellschaftlich nützlich und verwertbar sein (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003; kritisch dazu z.B.: Höhne 2003; Holland-Cunz 2005). Das der entstehenden Wissensgesellschaft zeitgemäße „diskursive Wissenschaftsverständnis" (Pellert 1999, z.B. S. 60-64) soll Teamarbeit, vorübergehende Kooperations- und Organisationsformen auch über institutionelle Grenzen hinweg, fächerübergreifende und transdisziplinäre Verständigung, Problemorientierung, die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und den Dialog zwischen Expertinnen/Experten und Laiinnen/Laien groß schreiben und aus sich heraus eine andere Beziehung zum Vermitteln, Lehren und Lernen haben.

Mit ihren Theorien, Method(ologi)en und Fragestellungen ist die Frauen- und Geschlechterforschung ein Beispiel für dieses „diskursive Wissenschaftsverständnis", denn Wahrheitsfindung und -legitimation sind in ihr häu-

fig als kommunikative Prozesse zwischen den verschiedenen Wissen(schaft)sakteurinnen und -akteuren innerhalb und außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Besondere Bedeutung wird in der Frauen- und Geschlechterforschung in diesem Zusammenhang der gesellschaftlichen An- und Verwendbarkeit des produzierten bzw. zu produzierenden Wissens beigemessen;[5] dieses soll nicht nur rational, sondern auch gesellschaftlich nützlich sowie ethisch bzw. politisch korrekt sein. Bis heute treten viele Frauen- und Geschlechterforscherinnen zudem für die Öffnung des Wissenschafts- und Hochschulsystems gegenüber marginalisierten Wissensformen und Personen(gruppen) ein. Eine wichtige Kategorie der feministischen Wissenschaftskritik und zentrale Wissensquelle ist nach wie vor die der (alltäglichen, lebensweltlichen) Erfahrung(en) von Frauen und anderen im herrschenden Universalismus marginalisierten Gruppierungen. Mit dieser ethischen Haltung der Anerkennung der Kompetenz von Frauen und anderen Marginalisierten werden die herkömmlichen Grenzen zwischen Professionellen/ExpertInnen und LaiInnen sukzessiv dekonstruiert, allerdings nicht mit der Zielsetzung, die verschiedenen Sphären gänzlich zu entdifferenzieren, sondern mit der Zielsetzung, einen produktiven und wertschätzenden Dialog über institutionelle Grenzen hinweg zu etablieren, Kommunikation und Diskurs zu fördern.

Aus diesem Wissenschaftsverständnis der Frauen- und Geschlechterforschung resultiert auch ihre kritische Reflexivität. Diese besteht zum einen in ihrem Selbstverständnis als Wissenschaftskritik an den Herkunftsdisziplinen und den wissenschaftlichen Organisationen, die zunehmend in eigene (Gegen-)Entwürfe einmündet. Zum anderen ist die Frauen- und Geschlechterforschung auch selbstreflexiv: Viele ihrer Protagonistinnen (und Protagonisten) reflektieren, dass und wie ihr wissenschaftliches Tun durch eine geschlechtshierarchische Gesellschaft und Kultur bedingt ist und welche Auswirkungen dies auf die daraus erwachsenden disziplinären Epistemologien, Theorien und Methodologien hat.

Mit ihrem diskursiven Wissenschaftsverständnis und ihrer kritischen Reflexivität vermittelt die Frauen- und Geschlechterforschung gewissermaßen nebenbei eine Reihe zentraler Schlüsselqualifikationen bzw. -kompetenzen. Die in Lehre und Studium vermittelten und erworbenen fachlichen, methodischen, sozialen und individuellen[6] Schlüsselqualifikationen wie fächerübergreifendes, gegenstandsbezogenes Denken, Teamfähigkeit und Fähigkeit zum

5 Dies zeigt sich etwa in dem engen, wenn auch spannungsreichen Verhältnis der Frauen- und Geschlechterforschung zur Gleichstellungspolitik (vgl. Degele 2003; Gisler 2005).

6 Vgl. Thiessen (2005) zur Erläuterung dieser vier ineinander greifenden Kompetenzbereiche unter besonderer Berücksichtigung der Gender-Kategorie.

Dialog zwischen Verschiedenen fördern die Persönlichkeitsbildung *und* die berufliche Qualifizierung, denn ohne gebildete Persönlichkeiten sind berufsbezogene Kompetenzen nur eingeschränkt verwertbar.

Mit dem breiten Reflexions- und Orientierungswissen der Frauen- und Geschlechterforschung können die alltäglichen Erfahrungen in den privaten und öffentlichen Geschlechterverhältnissen reflektiert und das eigene Leben geschlechts- und damit selbstbewusster gestaltet sowie eine eigene wissenschaftliche, politische und persönliche Identität entwickelt werden. Die Absolventinnen und Absolventen sind geübt im komplexen, problemorientierten und grenzüberschreitenden Denken und damit wissenschaftlich fundiert auf eine geschlechtshierarchisch strukturierte Realität im Alltag und in den einzelnen Berufsfeldern vorbereitet. Sie sind damit hervorragend für einen sich globalisierenden Arbeitsmarkt ausgebildet,[7] auf dem die Halbwertzeit des Wissens angesichts sich beschleunigender Entwicklungen in Gesellschaft und Wissenschaft immer kürzer wird und die Qualifikation zum eigenständigen, selbstbestimmten und lebenslangen Lernen immer nützlicher und gefordert wird.

Mit dieser breiten „Kompetenzorientierung" (Rieken 2006), in der das Humboldt'sche Ideal der Bildung durch Wissenschaft mit der Ausbildung von Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) verknüpft wird, erfüllt die Frauen- und Geschlechterforschung eine Vorgabe des Bologna-Prozesses, in dessen Mittelpunkt in Bezug auf die Bildung nun nicht mehr die Input-, sondern die Outputorientierung, nicht mehr die Lehr-, sondern die Lernorientierung stehen.

Das diskursive Wissenschaftsverständnis und ihre Kompetenzorientierung sind wesentliche Qualitäten der Frauen- und Geschlechterforschung, die zunächst unabhängig von der Ökonomisierung von Hochschule und Wissenschaft sind. Zugleich machen diese Qualitäten die Frauen- und Geschlechterforschung „passfähig" zur dominierenden Logik der Marktförmigkeit des Wissens und können strategisch zur Sicherung der erreichten Position eingesetzt werden.

Das eigentliche Pfund aber, mit dem die Frauen- und Geschlechterforschung gegenwärtig wuchern kann, ist, dass sie neben der Erfüllung der dargelegten ökonomischen „Qualitäts"kriterien auch noch Inhalte und Visionen in der ansonsten weitgehend inhalts- und visionsleeren Hochschul(struktur)reform anzubieten hat. Damit ist ein erhebliches Spannungsverhältnis umschrieben, das die gegenwärtige Situation der Frauen- und Geschlechterforschung charakterisiert: die rhetorisch-strategische „Passung" zur Ökonomisierung im Interesse der eigenen Existenzsicherung zu „vermarkten" *und* qua Selbstverständnis eine kritische Distanz gegenüber der quantifizierenden

7 Einen guten international vergleichenden, empirisch gesicherten Überblick geben die Beiträge in: Griffin (2004).

Leistungsmessung sowie der dominanten Ausrichtung an Nützlichkeit und Verwertung des Wissens einzunehmen bzw. einnehmen zu müssen.

6. Zwischen Scylla und Charybdis: Frauen- und Geschlechterforschung als kritisch-emanzipatorisches Wissen

Sabine Hark sieht die „partiell erfolgreiche Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung [...] als Gegentendenz zur Verschlankung und Vermarktlichung der Hochschulen", argumentiert aber, dass die partiell erfolgreiche Institutionalisierung „auch als Teil dieser Transformationen interpretiert werden" könne (Hark 2005, S. 379). Beides kann auf die eingangs skizzierte Verstaatlichung der Frauenfrage und den stattfindenden Politikwechsel zurückgeführt werden, in dem die Institutionalisierung von Genderkompetenz im Hochschul- und Wissenschaftssystem nunmehr Gerechtigkeit und Effizienz vereinen soll. Vielleicht erklärt ja das ambivalente Verhältnis der Frauen- und Geschlechterforschung zum Staat, dass sie sich bisher erstaunlich verhalten gegenüber dem Einzug des Marktes in Hochschule und Wissenschaft verhält (vgl. aber die Kritiken von: Andresen 2001; Holland-Cunz 2005). Es scheint, als hätte sich die Frauen- und Geschlechterforschung inzwischen ganz gut mit den Verhältnissen arrangiert und darin eingerichtet, zeigt sich doch, wie skizziert, dass sie die Ökonomisierung für sich instrumentalisieren und davon profitieren kann (vgl. Bösch 2004, S. 25). Jessica Bösch wirft zu Recht die Frage auf, ob die mit der Ökonomisierung verbundenen Reformen auch von Vorteil für die Frauen- und Geschlechterforschung sind.

Diese Frage kann mit einem klaren „jein" beantwortet werden: „ja", denn sofern es gelingt, die Frauen- und Geschlechterforschung strategisch in der marktförmigen Logik mit ihrer Output-Steuerung existenziell zu sichern, erfährt sie dadurch Gleichheit und Gerechtigkeit in Gestalt von Ressourcen, Anerkennung und Teilhabe[8], wenn auch auf prekärem Niveau, denn die Hochschulen beginnen über die Neue Steuerung zu lernen, dass sich Gleichstellung und die Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung für sie „lohnen" kann; „nein", denn die Einrichtung im marktförmigen Hochschul- und Wissenschaftssystem scheint mit einer „Kopfkrise" (Kurz-Scherf 1997, S. 41) und einem Verlust des emanzipatorischen und visionären Potenzials der

8 Vgl. ausführlich zu den genannten Kriterien für (Geschlechter-)Gerechtigkeit: Fraser (2005).

Frauen- und Geschlechterforschung einherzugehen. Die Frauen- und Geschlechterforschung hat zwar das nötige intellektuelle Potenzial, um die Analyse und Kritik der Dominanz des Marktes in Bildung, Wissenschaft und ihren Institutionen und in der Gesellschaft, die diese Ökonomisierung zulässt, voranzubringen, doch droht der Frauen- und Geschlechterforschung die kritische Distanz gegenüber den Verhältnissen, die sie ermöglichen, verloren zu gehen.

Die Gründe für diese dilemmatische Situation liegen auf der Hand: die Erschöpfung visionären Denkens angesichts verloren gegangener „linker" Utopien und der vermeintlichen Dominanz der Spielregeln des Marktes, die unter Bedingungen von ökonomisch geförderter Entsolidarisierung um sich greifende verschärfte institutionelle und individuelle Konkurrenz um Ressourcen und Anerkennung, der Zwang zur „Disziplinierung" des eigenen hoch geschätzten inter- und transdisziplinären Potenzials und die damit einhergehende Entpolitisierung.

Lösungsansätze für dieses Dilemma sind bisher rar: Sünne Andresen erwägt in etwas anderem Zusammenhang in individueller Hinsicht, dass vielleicht ein offensiver Umgang mit der Widersprüchlichkeit der eigenen Positionierung eine Richtung angäbe, in der die Anpassung weniger fatalistisch und die eigenen Taten – und hinzuzufügen wäre: Handlungs*möglichkeiten* – stärker in den Blick genommen werden könnten (Andresen 2001: 198). Sabine Hark tritt für eine „dissidente Wissenspraxis" (Hark 2005: 390-395) ein, „in der die eigenen Gewissheiten als verhandelbar betrachtet werden, die (...) permanent die eigenen Fundamente durcharbeitet und die vor allem Rechenschaft über die eigenen Interpretationen und Geschichten sowie die Verwickeltheit in das jeweilige wissenschaftliche Feld ablegt" (Hark 2005: 395f.). Und Barbara Holland-Cunz plädiert schließlich für eine „*Kritik des ‚Spiels' (des Wettbewerbs, H.K.) selbst*" (Holland-Cunz 2005: 171, Herv.i.O.), wobei sie zugibt, die Konturen einer derartigen feministischen Wissenspolitik noch kaum erkennen zu können.

Gemeinsam ist diesen lösungsorientierten Suchbewegungen die Anrufung der Tradition kritisch-emanzipatorischen Wissens verbunden mit dem Appell an die (Befähigung zur) Rationalität *und* die (Übernahme von) Verantwortung der Frauen- und Geschlechterforschung Betreibenden für die eigene intellektuelle Praxis, sozusagen die Besinnung auf die Wurzeln. Die Frauen- und Geschlechterforschung wollte die Befreiung und Freiheit von Frauen befördern und „veränderndes Wissen" sein. Dies einzulösen fordert den institutionellen und individuellen Mut zum Dissens, ausgehend von der Stärke, die aus den eigenen, auch ökonomisch wertvollen, Qualitäten, aber auch einer Zwischenbilanz der Erfolge und unerledigten Anliegen bezogen

werden kann. Und dies beinhaltet auch die Freiheit zum Anders-Denken von Verhältnissen, in denen sich die Frauen- und Geschlechterforschung wenn auch marginalisiert, so doch komfortabel bzw. profitabel eingerichtet hat. Damit wäre zumindest ein Schritt nach vorn hin zu einer verändernden intellektuellen Praxis getan.

Literatur

Andresen, Sünne (2001): Der Preis der Anerkennung. Frauenforscherinnen im Konkurrenzfeld Hochschule, Münster

Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (1989): Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis, in: dies. (Hg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt/Main, S. 7-45

Bösch, Jessica (2004): Frauen- und Geschlechterforschung in der neoliberalen Universität, in: Appelt, Erna M. (Hg.): Karrierenschere. Geschlechterverhältnisse im österreichischen Wissenschaftsbetrieb, Wien, S. 9-26

Degele, Nina (2003): Anpassen oder unterminieren: Zum Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Studies, in: Freiburger FrauenStudien Heft 12/2003, S. 79-102

DUZ Special (2001): Hochschullandschaft NRW. Beilage zur DUZ – das unabhängige Hochschulmagazin, 26. Januar 2001

Ebeling, Smilla/Flaake, Karin/Fleßner, Heike (2004): Modularisierung und Übergänge in die BA-/MA-Studiengangsstruktur – aktuelle Anforderungen an Frauen- und Geschlechterstudien, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt Universität zu Berlin (Hg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom 4. bis 5. Juli 2003, Berlin, S. 157-159

Fraser, Nancy (2005): „Frauen, denkt ökonomisch!“, in: die tageszeitung Nr. 7633 vom 07.04.2005, S. 4-5, unter: http://www.taz.de/pt/2005/04/07/a0157.nf/textdruck (08.04.2005)

Gisler, Priska (2005): Zwischen Scylla und Charybdis? Institutionalisierung und Kontextualisierung transdisziplinärer Geschlechterforschung, in: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/Weller, Ines (Hg.): Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen, Wiesbaden, S. 115-142

Griffin, Gabriele (Hg.) (2004): Employment, Equal Opportunities and Women's Studies. Women's Experiences in Seven European Countries, Königstein/Ts.

Hagemann-White, Carol (1995): Frauenforschung – der Weg in die Institution. Ideen, Persönlichkeiten und Strukturbedingungen am Beispiel Niedersachsens, Bielefeld

Haraway, Donna (1995): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive, in: dies.: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt/Main u.a., S. 73-97

Hark, Sabine (2005): Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus, Frankfurt/Main

Höhne, Thomas (2003): Pädagogik der Wissensgesellschaft, Bielefeld

Holland-Cunz, Barbara (2005): Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der Wissensgesellschaft, Opladen

Kahlert, Heike (2005): Wissenschaftsentwicklung durch Inter- und Transdisziplinarität: Positionen der Frauen- und Geschlechterforschung, in: dies./Thiessen, Barbara/Weller, Ines (Hg.): Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen, Wiesbaden, S. 23-60

Koch, Joachim (2002): Megaphilosophie. Das Freiheitsversprechen der Ökonomie, Göttingen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Mitteilung der Kommission vom 05.02.2003, Komm (2003) 58 endgültig, Brüssel:, unter: http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003_0058de01.pdf (25.04.2005)

Krautkrämer-Wagner, Uta (1989): Die Verstaatlichung der Frauenfrage. Gleichstellungsinstitutionen der Bundesländer – Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Frauenpolitik, Bielefeld

Kreisky, Eva/Rosenberger, Sieglinde/Grabner, Petra (2003): Editorial, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft Heft 4/2003, S. 371-373

Kurz-Scherf, Ingrid (1997): Kopfkrise in der Frauenforschung?, in: Die Frau in unserer Zeit Heft 4/1997, S. 41-48

Pache, Ilona (2004): Zu konzeptionellen Chancen und kapazitären Risiken. Studienreform und Geschlechterstudien an der HU, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt Universität zu Berlin (Hg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom 4. bis 5. Juli 2003, Berlin, S. 149-152

Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste, Konstanz

Pellert, Ada (1999): Die Universität als Organisation. Die Kunst, Experten zu managen, Wien u.a.

Rieken, Marion (2006): Schlüsselqualifikationen und Gender: Licht und Schatten im Studienreformprozess. Vortrag an der Universität Trier, 17. Februar 2006, unter: unter: http://www.uni-trier.de/Uni/bologna/Veranstaltungen/SchluesselFeb06/Schluesselqualifikationen_und_Gender.pdf (Zugriff: 12.05.2006)

Thiessen, Barbara (2005): Inter- und Transdisziplinarität als Teil beruflicher Handlungskompetenzen. Gender Studies als Übersetzungswissen, in: Kahlert, Heike/dies./Weller, Ines (Hg.): Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen, Wiesbaden, S. 249-273

Wissenschaftsrat (1998): Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Mainz